

Geschäftsführung:
Örtliche Rechnungsprüfung

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 05.09.2024

im Ratssaal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:37 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Ramona Ullrich SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Julia Decker	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsherr Michael Dregger	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	Vertreterin für Herrn Kruber
Ratsherr Dominik Petereit	FDP	
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	
Ratsherr Ralf Schwarzkopf MdL	CDU	
Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting	CDU	
Ratsherr Christoph Weiland	CDU	Vertreter für Frau Meyer
Frau Fabiola Ferber	SPD	
Herr Rüdiger Rump	CDU	
Ratsherr Andreas Stach	Bündnis	Vertreter für Herrn Scheider
90/Die Grünen		
Herr Frank Tielke	DIE LINKE.	
Frau Kornelia Gabriela Wolk	SPD	

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsherr Michael Meyer CDU

Verwaltung:

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus
Herr Stephan Theo Hammer
Herr Frank Kusmirtz
Herr Stefan Kirmes
Frau Gabriele Krumme
Frau Corinna Moraru

Frau Melita Alzorba
Herr Andreas Beckmann
Frau Nadine Nüsgen
Frau Christina Padovano

Schriftführung:

Frau Jessica Mattausch

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Thomas Kruber	SPD
Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg	SPD
Ratsfrau Ursula Meyer	CDU
Herr Christian Scheider	Bündnis
90/Die Grünen	

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2. Berichtswesen

Ratsfrau Ullrich übergibt das Wort an Herrn Kirmes, den stellvertretenden Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung. Herr Kirmes teilt mit, dass der Jahresabschluss 2022 zur Prüfung noch nicht vorgelegt wurde.

Ratsherr Schöttler erkundigt sich, warum der Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung, Herr Heinrich, nicht anwesend ist. Herr Kirmes teilt mit, dass Herr Heinrich Urlaub hat. Herr Schöttler erkundigt sich, ob dieser Urlaub spontan eingereicht worden ist.

Herr Kirmes erwidert, dass dieser Urlaub schon länger bekannt war. Ratsfrau Ullrich ergänzt hierzu, dass Herr Heinrich Herr Kirmes als Vertreter hat und dieser eingearbeitet ist. Herr Schöttler erwidert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss nicht so häufig stattfindet und bei dem heutigen wichtigen Punkt in der Besprechung wäre eine Vorabinformation oder eine Terminierung der Sitzung, so dass der Leiter der Rechnungsprüfungsanstalt teilnehmen kann, angebracht gewesen.

Ratsfrau Ullrich teilt diese Ansicht nicht. Jede Leitung hat eine Vertretung und Herr Heinrich hätte auch krankheitsbedingt ausfallen können. Leitung und Stellvertretung arbeiten eng zusammen.

Ratsherr Weiland weist darauf hin, dass die Leitung der Örtlichen Rechnungsprüfung persönlich vom Rat gewählt und beauftragt wird. Es gibt natürlich eine organisatorische Vertretung, aber ihm ist keine andere Stellung im Rathaus bekannt, die diese persönliche Beauftragung vom Rat hat. Herr Kirmes vertritt Herr Heinrich letztendlich organisatorisch, aber nicht in der Beauftragung gegenüber dem Rat. Ratsfrau Ullrich sichert eine nachfolgende Stellungnahme hierzu zu.

Herr Schöttler erkundigt sich, ob mit der nächsten Sitzung mit dem Jahresabschluss zu rechnen ist. Herr Kirmes teilt hierzu mit, dass mit einem Arbeitsaufwand von bestimmt drei Monaten zu rechnen ist, so dass es rein rechnerisch zur nächsten Sitzung sehr knapp wird.

Herr Haarhaus teilt hierzu mit, dass der Jahresabschluss 2022 zwar weitestgehend fertiggestellt ist, aber eine Zuleitung im Oktober nicht möglich sein wird. Hierzu erläutert Herr Haarhaus, dass der Jahresabschluss 2021 schon relativ spät vorgelegt worden ist und sich dadurch auch die folgenden Abschlüsse verzögern. In der Kämmerei gibt es seit mehreren Jahren nennenswerte Stellenvakanzen, unter anderem sei die ehemalige Leitungsstelle von Herrn Haarhaus, bevor er Kämmerer wurde, fast 1,5 Jahre unbesetzt gewesen. Dann kam die verschlechterte Haushaltslage mit der Pflicht HSK aufzustellen mit umfangreichen Vorarbeiten. Im Oktober 2023 gab es den Cyberangriff, durch diesen hatten die Mitarbeiter mehrere Wochen keinen Zugriff auf die Finanz-Software INFOMA und dementsprechend konnte in dieser Zeit nicht an dem Jahresabschluss gearbeitet werden. Seit Dezember 2023 hat die Kämmerei mit Hochdruck die Zuleitung des Doppel-Haushaltes im Januar 2024 vorgezogen, um die Haushaltsplanung nicht weiter in Verzug zu bringen. Auch in dieser Zeit konnte bis zur Finalisierung des Haushaltes der Jahresabschluss nicht wesentlich weiter bearbeitet werden. Zuletzt gab es einen massiven Wasserschaden im Rathaus II, der über mehrere Monate zu räumlichen und organisatorischen Einschränkungen geführt hat und letztlich im Sommer ad hoc Umzüge in Behelfsbüros stattfinden mussten.

Aktuelles Ziel ist die Zuleitung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2022 an den Rat am 09.12.2024. Die Jahresabschlüsse 2023 und 2024 sollen dagegen bis zur Sitzung des Rates im Juni 2025 vorgelegt werden, dann wäre die Kämmerei auch wieder im normalen Turnus.

Herr Haarhaus weist zudem darauf hin, dass ein Großteil des Jahresabschlusses über die städtische Homepage öffentlich einsehbar ist. Im Haushaltsplan 2024 ist das Jahresergebnis 2022 abgebildet und weite Teile des Jahresabschlusses sind dort bis auf Kontenebene einsehbar.

Ratsherr Weiland teilt hierzu mit, dass der Jahresabschluss 2020 sehr zeitnah im Jahr 2021 dem Rechnungsprüfungsausschuss vorlag. Im letzten Jahr gab es bereits größere Diskussionen über die späte Vorlage. Er wünscht sich, dass die soeben kommunizierte Zeitschiene eingehalten werden kann, um wieder in den normalen Turnus zu kommen. Er verweist auf den Rechnungsprüfungsausschuss des Märkischen Kreises, der Ende August getagt hat und entsprechend den Jahresabschluss abgenommen hat.

Herr Haarhaus erwidert hierzu, dass der Märkische Kreis den Jahresabschluss 2022 schon vor dem Cyberangriff vorliegen hatte und der Kreis sich dadurch schon zeitnah Anfang 2024 mit der Prüfung befassen konnte. Zudem hat der Märkische Kreis deutlich weniger Aufwand mit der Anlagenbuchhaltung, weil das städtische Anlagevermögen kleinteiliger und arbeitsintensiver sei.

3. Antrag der CDU-Fraktion vom 26.07.2024 "Prüfung Schwarzbau Grundschule Lösenbach" (der Antrag ist der Einladung beigelegt)

Ratsfrau Ullrich teilt mit, dass es zu dem Antrag der CDU eine Tischvorlage gibt und erkundigt sich, ob alle anwesenden Ratsmitglieder ausreichend Zeit hatten, diese zu lesen.

Ratsherr Schöttler kritisiert, dass der Bericht der ZGW mit dem 12.08.2024 datiert ist und damit den Ratsmitgliedern schon eher hätte zur Verfügung gestellt werden können. Diese Art der Informationsweitergabe hält er für verbesserungswürdig.

Ratsherr Weiland merkt an, dass in der Sitzung im letzten Jahr das Thema bereits angesprochen wurde. Insgesamt handelt es sich um einen Schaden von ca. 25 Millionen Euro ohne Abrisskosten und Schülertransporte. Bei dieser Größenordnung fällt auf, dass zum Beispiel das Thema Brandschutz dazu führte, dass es zu einem Totalschaden an der

Schule gekommen ist. Aufgefallen ist, dass eine Baugenehmigung erst 4 Jahre nach Durchführung der Maßnahmen oder nach Ankündigung der Maßnahmen erteilt worden war. Deswegen hat Ratsherr Weiland im vergangenen August um Prüfung durch die Örtliche Rechnungsprüfung gebeten. Bei dem vorliegenden Bericht der Zentralen GebäudeWirtschaft handelt es sich seiner Auffassung nach um einen internen Bericht an die Örtliche Rechnungsprüfung. Er hatte aber die Örtliche Rechnungsprüfung um eine entsprechende Überprüfung gebeten. Dies wurde ihm im letzten Jahr von Herrn Heinrich zugesagt. Letztlich ist die Tischvorlage für ihn kein Bericht bzw. keine Überprüfung durch die Örtliche Rechnungsprüfung. Er hinterfragt daher, was geprüft worden ist.

Herr Kirmes teilt hierzu mit, dass der Bericht von der Zentralen GebäudeWirtschaft angefordert worden ist und sich für die Örtliche Rechnungsprüfung hierdurch keine Anhaltspunkte ergeben haben, in eine vertiefte Prüfung einzusteigen. Eine Baugenehmigung war zunächst für die Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket 2 nicht erforderlich, wurde aber später, nach Feststellung der Brandschutzmängel, für die Gesamtmaßnahme beantragt und erteilt. Aus Sicht der Örtlichen Rechnungsprüfung war dies nicht zu beanstanden und die laufenden Vergabeverfahren wurden zur Prüfung vorgelegt. Ein Sonderprüfauftrag des Rates oder des Rechnungsprüfungsausschusses liegt nicht vor, sofern gewünscht kann nach § 3 der Rechnungsprüfungsordnung ein entsprechender Prüfauftrag vom Rat oder RPA erteilt werden.

Ratsherr Stach fragt sich nach den ganzen Diskussionen um die Baumaßnahmen, ob es sich hierfür um den richtigen Ausschuss handelt. Er stellt den Antrag, den Antrag der CDU „Prüfung Schwarzbau Grundschule Lösenbach“ in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verlagern.

Ratsherr Weiland bemerkt zu der Tischvorlage, dass ihm auffällt, dass die Beauftragung der Fassade vom 03.03.2010 erst in einer Vorlage von der ZGW an die Örtliche Rechnungsprüfung vom 15.03.2010, also 12 Tage später, vermerkt wird. Die Beauftragung ging an ein Unternehmen außerhalb Lüdenscheids. Die Baudurchführung ist von einem Unternehmen gemacht worden, was in Lüdenscheid ansässig ist. Das hätte bei einer Vergabeprüfung auffallen können.

Weiterhin wurde eine Firma für die Fenster am 17.03.2010 beauftragt. Auch hier gibt es eine Vorlage vom 03.05.2010 und auch hier scheint die Beauftragung erfolgt zu sein, bevor es einen politischen Beschluss zu dieser Beauftragung gab. Es war keine Dringlichkeitsentscheidung, die im Nachhinein genehmigt worden ist. Für die Maßnahmen, die in dem juristischen Bericht erwähnt worden sind, wie die Beauftragung des Brandschutzgutachtens, der Einbau einer Brandmeldeanlage, Verbindungstüren, Rettungswege herstellen, der Einbau von Rauch- und Brandschutztüren sind keine Vorlagen zu finden.

Ratsfrau Ullrich unterbricht Herrn Weiland und bittet zunächst um Abstimmung des Antrags von Herrn Stach, bevor weiter diskutiert wird. Schwarzbau wären laut Frau Ullrich Themen im Bauausschuss.

3.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen den Antrag der CDU „Prüfung Schwarzbau Grundschule Lösenbach“ in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verlagern

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt den Antrag, den Antrag der CDU „Prüfung Schwarzbau Grundschule Lösenbach“ in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verlagern. Ratsfrau Ullrich lässt über diesen Tagesordnungspunkt abstimmen:

Beschluss:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen:

3.2. Antrag der CDU, die Örtliche Rechnungsprüfung zu beauftragen, sämtliche Maßnahmen in Sachen Grundschule Lösenbach im Zeitraum 2009 bis hin zur Feststellung der Nichtnutzbarkeit inklusive sämtlicher Unteraufträge mit Vergabeverfahren zu prüfen und dementsprechend mitzuteilen, ob eine Abweichung von dem üblichen Verfahren der Stadt Lüdenscheid erfolgt ist.

Ratsherr Schöttler stellt den Antrag, die Örtliche Rechnungsprüfung zu beauftragen, sämtliche Maßnahmen in Sachen Grundschule Lösenbach im Zeitraum 2009 bis hin zur Feststellung der Nichtnutzbarkeit inklusive sämtlicher Unteraufträge mit Vergabeverfahren zu prüfen und dementsprechend mitzuteilen, ob eine Abweichung von dem üblichen Verfahren der Stadt Lüdenscheid erfolgt ist.

Beschluss:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 7
Enthaltungen: 1

Auf Antrag der CDU wird die Sitzung um 5 Minuten unterbrochen.

Ratsherr Schöttler teilt mit, dass durch die Ampelstimmen ein Prüfauftrag im Wert von 25 Millionen Euro verweigert wird. Das deckt sich mit seinem ersten Eindruck, dass es anscheinend auch der Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung nicht für nötig hält, an dieser sehr wichtigen Sitzung dementsprechend daran teilzunehmen. Der demokratische Akt wird akzeptiert. Die CDU behält sich aber das Recht vor, weil es jeden Tag um die Beförderung von Kindern, jeden Tag um die Ausgabe von Haushaltsmitteln geht, bei jedem Rechnungsprüfungsausschuss diesen Antrag wieder zu stellen. Die CDU erachtet diesen Punkt als eminent wichtig und ist maßlos enttäuscht, weil ihr Antrag kein Gehör findet.

Ratsherr Stach entgegnet, dass es ihn sehr erstaunt, dass in einer öffentlichen Sitzung die Urlaubsregelung eines Mitarbeiters der Stadt in Frage gestellt wird. Herr Stach vergleicht die Grundschule Lösenbach mit dem Kauf eines Autos, das nach 14-15 Jahren auch nicht mehr den Wert vom Kaufdatum hat.

Ratsherr Schöttler erwidert hierzu, dass es sich nur um seine Erwartungshaltung handelte, dass das wichtige Amt als Leitung der Örtlichen Rechnungsprüfung und die Sitzung miteinander zusammengehören. Ein Gebäude aber mit einem Auto zu vergleichen, ist seiner Meinung nach eine interessante Art der Beurteilung.

Ratsfrau Ullrich beendet den TOP 3.2

4. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Ullrich

Ramona Ullrich
Vorsitzende

gez. Mattausch

Jessica Mattausch
Protokollführerin